



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 6. OKTOBER 2021

### Vorwahlen der Opposition

#### *Vorwahlen der vereinigten Oppositionsliste*

Bereits bei den Kommunalwahlen 2019 stellten die Oppositionsparteien in mehreren Gemeinden gemeinsame Kandidaten auf. So wurde etwa der Budapester Oberbürgermeister Gergely Karácsony in sein Amt gewählt. Um die Chancen auf einen Regierungswechsel nach den Parlamentswahlen im April 2022 zu erhöhen, beschlossen mehrere Oppositionsparteien im August 2020, in den 106 Wahlkreisen Ungarns jeweils einen gemeinsamen Kandidaten zu nominieren. Im November 2020 einigten sich darüber hinaus die Oppositionsparteien DK, Jobbik, LMP, MSZP, PM sowie Momentum, für die im Frühjahr 2022 anstehenden Wahlen zur Ungarischer Nationalversammlung einen gemeinsamen Ministerpräsidentenkandidaten aufzustellen. Dieser soll im Zuge zweier Wahlgänge bestimmt werden. Der erste Wahlgang fand vom 18. bis zum 29. September statt, die Stichwahl erfolgt vom 10. bis zum 16. Oktober.

Den ersten Gang der Wahl gewann Klára Dobrev, Europaabgeordnete der Demokratischen Koalition und Ehefrau des ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány, mit knapp 35 % der insgesamt rund 620.000 abgegebenen Stimmen. Auf Platz 2 mit 27,3 % landete der grüne Oberbürgermeister Budapests, Gergely Karácsony, gefolgt vom Bürgermeister der südostungarischen Stadt Hódmezővásárhely, Péter Márki-Zay, der als unabhängiger Kandidat ins Rennen zog. Márki-Zay bezeichnet sich als rechtskonservativ. Péter Jakab von der rechtsradikalen Jobbik schaffte es mit 14,08 % nicht in die zweite Runde, ebenso András Fekete-Győr von der Momentum-Partei mit 3,39 %.

Außerdem wurden die gemeinsamen Kandidaten für die Direktwahlen in den 106 Wahlkreisen bestimmt. Hier ergibt sich ein anderes Bild: Die DK stellt zwar die meisten Kandidaten, 32 an der Zahl, Jobbik folgt aber mit 29 und die bei der Wahl zum Ministerpräsidentenkandidaten gedemütigte Momentum-Partei kann auch respektable 15 Kontrahenten in den Wahlkreisen gegen Fidesz in den Kampf schicken. Die MSZP, die keinen Orbán-Herausforderer kürte, kann sich mit 18 Direktkandidaten behaupten. Zur Veranschaulichung dient folgende Graphik:



Ergebnisse in den Wahlkreisen (Quelle: Wikipedia)

### *Wer wird der Herausforderer von Viktor Orbán?*

In den nächsten 10 Tagen wird der Ministerpräsidentenskandidat der Opposition bestimmt, auf dem Stimmzettel werden Klára Dobrev, Gergely Karácsony und Péter-Márki-Zay zu finden sein. Nach den Ergebnissen des ersten Wahlganges verkündeten die beiden letzteren ihre Absicht, gemeinsam gegen Klára Dobrev anzutreten, weil Karácsony wie auch Márki-Zay höhere Gewinnaussichten als Dobrev auf einen Sieg gegen Orbán im April 2022 hätten. Ungeklärt blieb dabei, welcher der beiden das Amt des Ministerpräsidenten übernehme und welcher jenes des Stellvertreters. Einen Rücktritt zugunsten des jeweils anderen Kandidaten schlossen die beiden Bürgermeister vorerst aus. Nicht nur Dobrev, auch Péter Jakab von der Jobbik kritisierte das Vorhaben der beiden, im Tandem anzutreten. Zudem bemerkte die Zivile Wahlkommission, die die Vorwahlen koordiniert, dass eine solche Änderung der Wahlrichtlinien einer Verspottung der Wahlen gleichkäme.

Am 5. Oktober gab die Vorwahlkommission öffentlich bekannt, dass Karácsony und Márki-Zay nicht nebeneinander auf dem Stimmzettel stehen dürfen. Karácsony äußerte zuvor, er werde nur von der Kandidatur zurücktreten, wenn ihn die Straßenbahn überfahre. Márki-Zay sieht sich selbst als aussichtsreicheren Kandidaten, neuesten Umfragen zufolge hat er den Zustimmungswert von Karácsony überholt. Die Jobbik sowie Momentum ergriffen bisher für keinen der drei Kandidaten offiziell Partei. Die Sympathien von Jakab gelten jedoch am ehesten Dobrev, während Fekete-Győr mit dem Lager von Karácsony bzw. Márki-Zay liebäugelt.

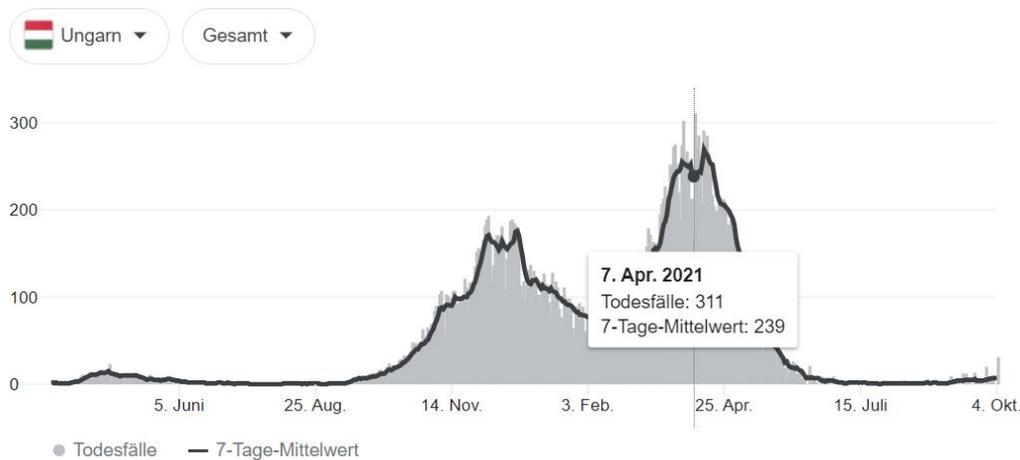
In den nächsten Tagen, vor Beginn der zweiten Runde am 10. Oktober, kann sich das politisch interessierte Publikum also noch auf einige spannende Taktierereien einstellen. Péter Jakab hat sein Ego bekanntlich „für die Nation“ überwinden können, wozu Karácsony und Márki-Zay nicht in der Lage seien, so der Jobbik-Vorsitzende.

Die Ergebnisse des zweiten Wahlganges werden am 17. Oktober bekanntgegeben.

## Corona-Politik im September

### *Ansteigende Fallzahlen*

Anfang Oktober stieg die Zahl der Corona-positiv Getesteten im Vergleich zu den vorherigen Wochen um etwa ein Viertel an, zugleich wurden in der ersten Oktoberwoche im Schnitt täglich wieder mehr als zehn an oder mit dem Coronavirus Verstorbenen gemeldet. Seit Ende August ist bereits ein konstanter leichter Anstieg hinsichtlich der Inzidenzen feststellbar. Noch bleiben die Werte im Vergleich zu den früheren Wellen aber im sehr niedrigen Bereich. Im Zeitstrahl unten können Sie die jeweilige Schwere der epidemiologischen Lage seit Beginn der Pandemie einschätzen, dabei ist der 7. April 2021 hervorgehoben, jener Tag, an dem die meisten am Virus Verstorbenen gezählt wurden.



(Quelle: Google/JHU CSSE COVID-19 Data)

Am 5. Oktober befanden sich 585 Corona-Positive im Krankenhaus, von denen 86 beatmet werden müssen, etwa 20 % mehr als noch in der Vorwoche. Wie viele von den Behandelten geimpft oder ungeimpft sind, wird in Ungarn - anders als in Deutschland - nicht erhoben.

Bis jetzt ließen sich 5,897 Millionen Ungarn impfen; 5,817 waren es vor einem Monat. Überdies haben mehr als 800.000 Menschen die in Ungarn für ältere und gefährdete Personen empfohlene dritte Impfung aufgenommen.

### *Verlängerung des Notstandes*

Ende September verlängerte das Parlament mit 122 Ja- und 25 Nein-Stimmen den Notstand vorerst bis zum 1. Januar 2022, womit sich die Regierung weiterhin das Recht behält, flexibel auf die Herausforderungen der Pandemie zu reagieren. Die Regierung plant jedoch zunächst keine weiteren Einschränkungen wie etwa 2G oder 3G, sondern setzt zur Bekämpfung der Verbreitung des Coronavirus primär auf die Impfung. Eine Maskenpflicht gilt nur in Einrichtungen des Gesundheitssektors. Einschränkungen für Nichtgeimpfte betreffen in erster Linie den Besuch von Tanz-, Musik- und Großveranstaltungen. Ungarn setzte als eines der ersten europäischen Länder bereits im Frühjahr 2021 auf die Öffnung und die einhergehende Ankurbelung der Wirtschaft. Den Rahmen hierfür bot die erfolgreiche Impfkampagne, so die ungarische Regierung.

Für Deutsche ist die Einreise nach Ungarn über den Landweg ohne Beschränkungen möglich. Die Einreise auf dem Luftweg erfordert den digitalen EU-COVID Impfnachweis oder einen

PCR-Test in englischer oder ungarischer Sprache, welcher nicht älter als 72 Stunden sein darf. Geschäftsreisende können wie bisher ohne Testpflicht einreisen.

Für den aktuellen Stand empfiehlt sich jedoch stets der Blick auf die [Seite des Auswärtigen Amts](#).

### **Beginn der Herbstsession im Ungarischen Parlament**

Die Herbstsession des Ungarischen Parlaments wurde am 20. September eröffnet, wobei die Tagesordnung mit einer Rede von Viktor Orbán eingeleitet wurde. Der Ministerpräsident sprach über die Corona-Lage und unter anderem über den wirtschaftlichen Neustart, den Abzug aus Afghanistan, die politischen Konfrontationen mit Brüssel sowie über das Gasabkommen mit Russland.

Seine Rede zum Nachlesen auf Deutsch: <https://miniszterelnok.hu/viktor-orbans-rede-vor-der-tagesordnung-im-ungarischen-parlament-6/>.

### **Gasdeal mit Gazprom – Kritik aus der Ukraine**

Am 27. September unterzeichnete Ungarn einen 15-jährigen Gaslieferungsvertrag mit dem weltweit größten Erdgasförderungsunternehmen Gazprom aus Russland, nachdem die 1996 unterschriebene ungarisch-russische Liefervereinbarung zum 30. September auslief. Der neue Vertrag trat am 1. Oktober in Kraft. Jährlich wird Ungarn hierdurch 4,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas importieren, wovon 3,5 Milliarden Kubikmeter über eine neue Pipeline via Serbien (als Fortsetzung der Pipeline aus der Türkei und Bulgarien) bzw. 1 Milliarde Kubikmeter über Österreich geleitet werden sollen. Außenminister Péter Szijjártó kündigte an, dass diesem Abkommen zum Dank die Ungarn weiterhin einen der günstigsten Gaspreise in der Europäischen Union zahlen werden und die Energiesicherheit langfristig gesichert sei.

Als Reaktion schlug der ungarischen Regierung Kritik aus der Ukraine entgegen, die im Folgenden nicht mehr Transitland für russisches Gas nach Ungarn sein wird. Das ukrainische Außenministerium betonte, dass der Gaslieferungsvertrag gegen die Grundsätze des ungarisch-ukrainischen Grundlagenvertrages von 1991 verstoße und sich zum Nachteil der Beziehungen der beiden Länder auswirke. Darüber hinaus werde man sich in der Sache an die Europäische Kommission wenden.

Szijjártó erwiderte, die Reaktion aus der Ukraine sei eine „grobe Verletzung unserer Souveränität und nationalen Sicherheit“, da es das Recht jeder Regierung sei, selbst zu entscheiden, wie seine Gasversorgung gesichert wird.

## „Brückenbauer zwischen Ost und West“?

Dem rumänischen Staatspräsidenten siebenbürgisch-sächsischer Herkunft, Klaus Johannis, wurde Anfang Oktober der Karlspreis für seine Verdienste um die Europäische Einigung überreicht. Coronabedingt konnte die Zeremonie nicht wie vorgesehen 2020 stattfinden und wurde nun in Aachen nachgeholt, wo auch EU-Ratspräsident Charles Michel eine Laudatio hielt. Michel sagte unter anderem: „In einer Zeit, in der Identitäten hitzige Debatten auslösen können und manchmal missbraucht werden verkörpert Klaus Johannis für sich und sein Land das europäische Motto ‚Vereint in Unterschiedlichkeit‘“.

Tatsächlich hat Rumänien unter der Amtszeit des ehemaligen erfolgreichen Bürgermeisters von Hermannstadt große Fortschritte hin zu mehr Wohlstand und weniger Korruption gemacht, das Land ist in dieser Hinsicht europäischer und auch ansonsten gesellschaftlich offener geworden. Gerade in Fragen von Identität und Vielfalt ist Johannis wegen seiner Haltung zur ungarischen Minderheit Rumäniens aber nicht unumstritten. Johannis bezichtigte etwa im Frühjahr 2020 die Siebenbürger Ungarn und die rumänischen Sozialdemokraten des Vorhabens, gemeinsam mit Viktor Orbán die Sezession Siebenbürgens vorantreiben zu wollen. Anlass war ein Gesetzesvorschlag der ungarischen Minderheitenpartei zur Autonomie des Szeklerlandes, der „aus Versehen“ von den Sozialdemokraten, die auch in der Opposition saßen, angenommen wurde. Natürlich wurde dies alsbald revidiert. Johannis nahm seine übertriebenen und verletzenden Worte jedoch nicht zurück, obwohl ihm der rumänische Anti-Diskriminierungsrat CNCD sogar eine Geldstrafe auferlegte.

Einige ungarische Medien und Politiker warfen zudem nach der Verleihung des Preises Klaus Johannis Ungarn-Feindlichkeit vor. Johannis verlautbarte auf einer Podiumsdiskussion am Tage der Übergabe, dass er von Ungarns Äußerungen bezüglich Trianon genervt sei. Johannis deutete hiermit auf die Worte des ungarischen Staatspräsidenten János Áder, der auf der Krim-Plattform (näheres hierzu im Monatsbrief September) den Territorialverlust der Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg mit der Annektierung der Krim verglich. Siebenbürgen hätte aus freiem Willen die Einheit mit Rumänien gewollt, so Johannis.



(Quelle: MTI)

## **LIBE zu Besuch in Budapest**

Ungarns Rechtstaatlichkeit ist nun seit mehreren Jahren ein hartnäckiger Zankapfel auf dem EU-Parkett. Mehrere Vertragsverletzungsverfahren leitete die Europäische Kommission gegen das Land bis dato ein, unter anderem 2018 wegen des Hochschulgesetzes, das mittelbar den Umzug der CEU zur Folge hatte, oder der angeprangerten Internierung von Asylbewerbern in den Transitlagern, sowie jüngst wegen der vermeintlich diskriminierenden Kinderschutzgesetze. Zudem sind seit Monaten EU-Corona-Hilfen für Ungarn in Höhe von sieben Milliarden Euro auf Eis gelegt: Brüssel nach, weil man die missbräuchliche Verwendung der Mittel fürchte und es zusätzlicher Garantien und Vorkehrungen bedürfe, der ungarischen Regierung nach, weil die Kommission die Abschaffung des Kinderschutzgesetzes fordere und mit der Blockierung der Mittel Ungarn erpressen wolle.

Um den gegenwärtigen Stand der Medienvielfalt, der Freiheit der Lehre und generell der Rechtstaatlichkeit in Ungarn zu bewerten, reisten Ende September Mitglieder des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments, darunter Anna Donáth von der ungarischen Oppositionspartei Momentum, für drei Tage nach Budapest. Ungarische Regierungsvertreter kritisierten im Vorab den Besuch der LIBE-Delegation, welche mit Ausnahme von ein oder zwei Mitgliedern, voreingenommen sei und de facto Wahlwerbung für die ungarische Opposition betreiben wolle. Die Abgeordneten trafen sich mit verschiedenen Persönlichkeiten aus der Justiz, den Medien, dem akademischen Leben und der Politik, wie etwa mit Budapests Oberbürgermeister Karácsony, Justizministerin Varga sowie Innenminister Pintér.

Die Vorsitzende der Delegation, Gwendoline Delbos-Corfield (EP/Grüne), gab bei der anschließenden Pressekonferenz bekannt, dass die Informationen aus den Treffen in Budapest noch aufgearbeitet werden müssen, bevor diese vor das Europäische Parlament gebracht würden. Jedoch hätten mehrere der insgesamt mehr als 100 Gesprächspartner gemeint, einige Aspekte der Rechtstaatlichkeit hätten sich in letzter Zeit verschlechtert - die Bedenken diesbezüglich blieben demnach bestehen. Die österreichische EP-Abgeordnete und LIBE-Delegierte Bettina Vollath meinte, vonseiten mehrerer Fidesz-naher Journalisten sei man aggressiv konfrontiert worden. Darüber hinaus zeigte sich die Sozialdemokratin bestürzt darüber, dass man nicht von Viktor Orbán empfangen worden sei. Sie fügte hinzu: „Die Regierung ist immer weniger zum Dialog bereit, freie Medien gibt es praktisch nicht mehr.“ – so Vollath.

Nicolas Bay, Abgeordneter der französischen Rassement National und Delegationsmitglied, bezeichnete den Besuch des LIBE-Ausschusses jedoch als „Propaganda“ und verteidigte Orbáns Absage an ein Treffen, da „fünf der sieben Delegierten als Gegner des Ministerpräsidenten gelten“. Des Weiteren sei „niemand fähig gewesen, konkrete und begründete Kritik gegen Ungarn zu formulieren.“

## Den demographischen Winter überwinden

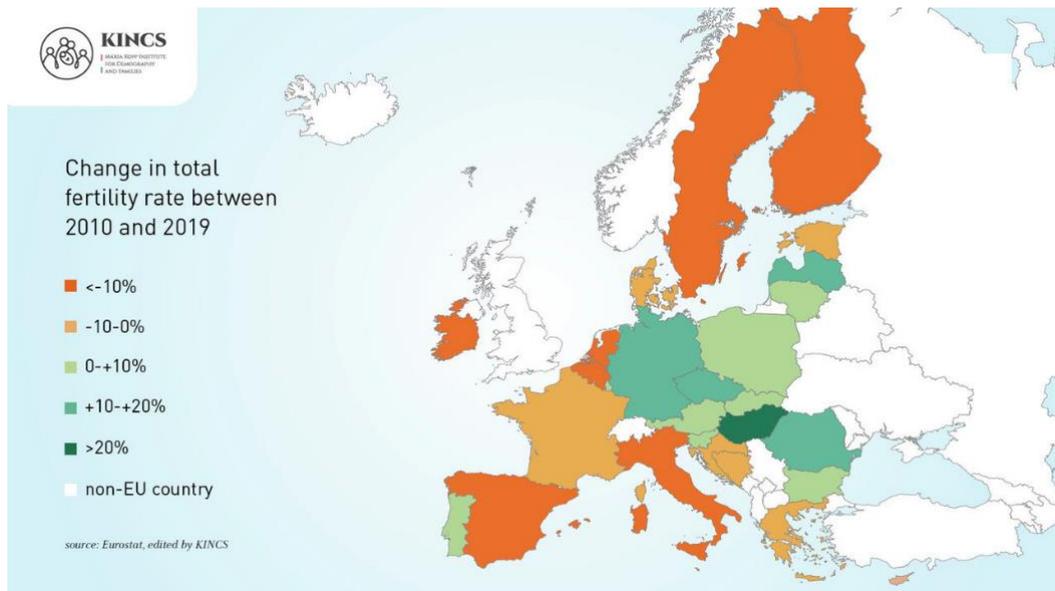


(Quelle: Reuters)

Budapest am 23. September: Unter den mehreren hundert Teilnehmern der IV. Demographischen Konferenz sind neben den Ministerpräsidenten von Ungarn, Tschechien und Slowenien der Präsident Serbiens sowie das Staatsoberhaupt Bosniens anwesend. Auch der amerikanische Ex-Vizepräsident Mike Pence war zugegen. Gesucht werden sollen Lösungsansätze, um dem „demographischen Winter“ entgegenzuwirken, der die Zukunft Europas bedrohe. Initiiert wurde das Forum im Jahre 2015, das seitdem alle zwei Jahre in Budapest stattfindet.

Im Laufe der Tagung erntete die ungarische Familienpolitik viel Lob. Der serbische Präsident Vučić bekräftigte etwa, mehrere Maßnahmen nach dem Vorbild Ungarns getroffen zu haben. Auch dem slowenischen Premier Janša zufolge müsse den niedrigen Geburtenraten der vergangenen Jahrzehnte zuvörderst eine nachhaltige Familienpolitik entgegengesetzt werden. Mike Pence, ehemaliger Stellvertreter von Donald Trump, rühmte Orbán für Ungarns familienfreundlichen Gesetze, die etwa Steuererleichterungen für Frauen mit mehr als vier Kindern vorsehen. Dies sei zukunftsfähiger als „die Öffnung der Grenzen“, so Pence. Milorad Dodik, serbisches Mitglied der Präsidententrioika von Bosnien und Herzegowina, stellte ebenso fest, dass Europa die traditionelle Familie der Migration vorziehen müsse. Der ungarische Ministerpräsident nahm auch die „westliche Linke“ ins Visier, welche die traditionelle Familie mittels Gender-Ideologie und LGBTQ-Lobby angreife.

Ungarn ist jener EU-Mitgliedstaat, welcher in den 2010-er Jahren die größte Zunahme der Geburtenrate verzeichnen konnte. Mit 1,52 ist diese jedoch noch weit entfernt von der angestrebten Mindestmarke von 2,1.



Mehr Details zur ungarischen Familienpolitik erhalten Sie auf Anfrage beim Deutsch-Ungarischen Institut.

### **„Ungarn geht einen grünen Weg!“**

Am 2. Oktober gab Ministerialbeauftragter Zsolt Nyitrai bekannt, dass die ungarische Regierung im Sinne der Lancierung eines grünen Dialoges eine Online-Konsultation zu Umweltfragen startet ([zold.kormany.hu](http://zold.kormany.hu)). Staatssekretär Attila Steiner zufolge sollen die Bürger nach ihrer Meinung unter anderem zum Recycling, zur Nutzung von Solarzellen, zur Fortsetzung des Baumpflanzprogrammes sowie zur E-Mobilität befragt werden. Bis Ende November kann man den Online-Bogen ausfüllen.

### **Papstbesuch in Budapest**

Vom 5. bis zum 12. September fand in Budapest der 52. Eucharistische Kongress statt, dessen Abschlussmesse mit mehr als Hunderttausend Teilnehmern von Papst Franziskus auf dem Heldenplatz abgehalten wurde. Zuvor traf sich der Pontifex Maximus mit Ministerpräsident Viktor Orbán und Staatspräsident János Áder im Museum der Schönen Künste sowie im Anschluss mit den Bischöfen, vor denen er eine Rede hielt. Franziskus rief zu mehr Offenheit auf und hob hervor, dass das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Identität kein Grund für den Ausschluss anderer Menschen sein dürfe, vielmehr müsse man den interkulturellen Dialog voranbringen. Wie die Kettenbrücke einst auch nur an die Stelle einer einfachen Brücke aus Holz gebaut wurde, sollte die Kirche in Ungarn auch in der Gegenwart wieder Brücken bauen, damit das Land brüderlicher und solidarischer werde.

Zu Beginn der anschließenden Abschlussmesse bedankte sich Kardinal Péter Erdő, Erzbischof von Esztergom-Budapest bei Papst Franziskus für den Besuch. „Unsere Hauptstadt Budapest ist die Stadt der Brücken. Wir sehen es als unsere Berufung an, eine Brücke zwischen Ost und West, zwischen verschiedenen kulturellen und religiösen Welten, zwischen Nationen zu sein“ – so der Kardinal. Papst Franziskus wandte sich während der Messe seinerseits an die Ungarn: „Das Kreuz, zu dem Christen sich bekennen, ist aber nicht bloß rückwärtsgewandt, sondern eure Brücke zwischen der Vergangenheit und der Zukunft. Es lädt nicht nur dazu ein, uns gut

zu verwurzeln, sondern es erhebt und breitet seine Arme für alle aus.“ Nachfolgend sprach er Ungarn seinen Segen aus.

Papst Franziskus ist bei einigen Ungarn vor allem wegen seiner Haltung zur Flüchtlingsproblematik umstritten. Für weitere Einblicke hinter die Kulissen der ungarischen Gesellschaft und der Bedeutung der Kirche sei folgender Artikel von Bence Bauer empfohlen:

[Blitzbesuch in Budapest.](#)



Papst Franziskus bei seiner Ankunft in Budapest (Quelle: MTI)

### **Parteilpolitische Neuigkeiten**

#### *Neueste Umfrageergebnisse*

Das regierungsfreundliche Nézópont-Institut sieht weiterhin die Regierungsparteien im Vorsprung, welchen diese im September im Vergleich zum August sogar mit einem Prozent ausbauen konnten. Fidesz-KDNP käme demnach auf 53 % der Wählerstimmen, die Opposition auf 45 %. Die Vorwahlen der Opposition haben daher, dem Nézópont-Institut folgend, bisher keine Auswirkungen auf die Parteipräferenzen.

Eine Umfrage des regierungskritischen Závecz-Instituts von Anfang Oktober ermittelte überdies die Zustimmungswerte für die jeweiligen MP-Kandidaten der Opposition. Wenn Klára Dobrev die Vorwahlen gewinnen sollte, würden bei den Wahlen 2022 52 % Fidesz wählen und 43 % Dobrev. Führte Karácsony die Liste an, käme Fidesz auf 52 %, Karácsony auf 44 %. Am besten würde Márki-Zay abschneiden: Mit 51 % bliebe zwar Viktor Orbán im Amt, Márki-Zay könnte jedoch 46 % der Stimmen auf sich vereinigen.

### **Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut**

#### *Veranstaltungen im September*

Der September stand bei uns ganz im Lichte der Wahlen zum Deutschen Bundestag. Am 14. September blickten **Prof. Dr. Werner J. Patzelt**, **Dr. Ágoston Mráz** und **Dr. Thomas Petersen**, Projektleiter des Allensbach-Instituts, in das Innenleben der Bundesrepublik vor den Wahlen. Den Veranstaltungsbericht zur Podiumsdiskussion „**Ist die Meinungsfreiheit in Deutschland in Gefahr? Vorstellung und Diskussion der Allensbach-Umfrage vom 16. Juni**“ finden Sie [hier](#).

Am **Wahlabend** wurde auch bei uns im Institut mitgefiebert. Die **Gastprofessoren Werner Patzelt** und **Holm Putzke** diskutierten mit dem Journalisten **Boris Kálnoky** und dem Demoskop **Dr. Ágoston Mráz** über das Wahlgesehen. Eine kurze Zusammenfassung des ansonsten langen und spannenden Abends ist unter folgendem [Link](#) zu finden.



Wahlabend beim Deutsch-Ungarischen Institut

Just im Anschluss an die Wahlen besuchten unsere **Gastprofessoren** am Deutsch-Ungarischen Institut die verschiedenen lokalen Zentren des Mathias Corvinus Collegiums außerhalb Budapests, um die Wahlergebnisse auf Podiumsdiskussionen zu analysieren und die zahlreichen Fragen aus dem Publikum zu beantworten. Im Rahmen der Vortragsaufenthalte entstanden mehrere Beiträge in den regionalen Medien, welche in Kürze auf unserer Homepage aufgelistet sein werden. Die Zusammenfassung der ersten Woche unserer **Wahltournee „Deutschland nach Merkel“** können Sie auf unserer [Homepage](#) nachlesen.

#### *Kommende Veranstaltungen*

Am **11. November** lädt das MCC zu einer ganztägigen Konferenz mit dem Titel **„Freedom of Expression in the Digital Age“**, die im neuen Hauptquartier in der Tas Vezér utca 3-7 abgehalten wird. Während nähere Details alsbald bekanntgegeben werden, können wir Ihnen an dieser Stelle bereits verraten, dass mehrere international renommierte Medienvertreter an der Tagung teilnehmen werden. Halten Sie unsere [Homepage - Veranstaltungen](#) im Blick!

Merken Sie sich zudem das Wochenende vom **12. bis zum 14. November** vor: Im westungarischen Győr findet die **Herbstakademie des MCC** statt, welche die **Migrationskrise in Europa** zum Gegenstand haben wird. Die Konferenz wird vom Deutsch-Ungarischen Institut in Zusammenarbeit mit dem Migrationsforschungszentrum des MCC organisiert. Die Sprache der Tagung ist zuvörderst **Englisch**. Für kürzlich folgende Informationen verfolgen Sie fortan unsere Homepage.

#### *Veröffentlichungen*

Ungarn ist in den meinungsbestimmenden Medien Deutschlands nicht wohlgefallen. In zehn Punkten analysiert MCC Visiting Fellow **Prof. Dr. Lengyel** die Sprache der Abweisung, das Aufbauen von Feindbildern gegenüber Ungarn wie auch die Bildungskrise im deutschen Journalismus. Lesen Sie hier seinen Artikel [Das Ungarn-Bild in Deutschland 1990–2021](#).

„**Ein Sieg und ein Debakel mit Ansage**“ – einer der bedeutendsten Politikwissenschaftler Deutschlands, **Prof. Dr. Werner J. Patzelt**, den wir für dieses Semester bei uns am Institut als Gastprofessor willkommen heißen dürfen, kommentiert die Wahlergebnisse und zieht Konsequenzen. Seinen Beitrag finden Sie auf der Website des [Corvinák-Blogs](#).

„Hinsichtlich des „ob“ zur EU-Mitgliedschaft gibt es in Ungarn keine Frage, denn die Zustimmungsraten dazu sind unverändert hoch. Bezüglich des „wie“ hingegen gibt es umfangreichen Diskussionsbedarf.“ - Was sind also die gegenwärtigen ungarischen Perspektiven auf Europa? Tiefere Einblicke in das Innenleben des ungarischen Denkens bietet der Essay **Ungarn verstehen – Perspektiven aus Mitteleuropa** unseres Institutsleiters **Dr. Bence Bauer**. Folgen Sie hierfür diesem [Hyperlink](#).

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

*PS:*

Am 23. Oktober 1956 begann der Ungarische Volksaufstand. 2016, zum 50. Jahre der Erinnerung, wurde folgendes Lied von Desmond Child landauf landein gespielt: [Egy szabad országért](#). Den deutschen Liedtext finden sie hier: [Für ein freies Land](#).

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständiger Mitarbeiter: Martin Josef Böhm

Sitz: 1016 Budapest, Somlói út 49-53.

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: [www.magyarismetintezet.hu](http://www.magyarismetintezet.hu)

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)